

Inhaltsübersicht

Vorbemerkungen	29
Einleitung	32
I. Wandel der Gesellschaft, der Verfassung und der Parteien	32
II. <i>Party change</i> statt <i>party decline</i>	35
III. Britische Parteien als Forschungsgegenstand der Rechtswissenschaft	37
IV. Fehlende Bearbeitung des Rechtsproblems der innerparteilichen Demokratie	40
V. Recht, Realität und Grenzen der Untersuchung	43
VI. Gliederung der Arbeit	46
VII. Thematische Eingrenzung	47

Erstes Kapitel

Entwicklung von Parteien und Parlament	49
A. Parlament und Verfassung seit dem späten Mittelalter	50
B. Parlamentssouveränität und Unkodifiziertheit der Verfassung als Grundsteine für das politische System	52
C. Entstehung des Parteienwesens zwischen 1688 und 1884	56
I. Entstehen der Parteien im Parlament nach der Glorious Revolution	56
II. Entwicklung des Wahlrechts ab 1832: von der Vorherrschaft des Adels zur Voll-demokratie	59
III. Entwicklung der Parteien aus dem Parlament in die Wahlkreise	63
IV. Nationale Parteiorganisationen ab 1867	68
V. Nationale Parteien als Massenorganisationen am Ende des 19. Jahrhunderts	79
VI. Parteiführer als Vorsitzender der Partei im und außerhalb des Parlaments sowie als Premierminister der Krone	81
VII. Zwischenergebnis: evolutionäre Entwicklung des Parteienwesens	84
D. Heutige Strukturen und Programmatik der Parteien im Überblick	85
I. Die zwei großen Parteien: Conservative Party und Labour Party	86
II. Liberal Democrats als „dritte“ Partei	100
E. Heutiges britisches Parteiensystem	102
I. Zwei- oder Mehrparteiensystem?	102
II. Exkurs: Mehrparteiensysteme in den Devolutionsvolksvertretungen	107
F. Zwischenergebnis: weiterhin ein Zweiparteiensystem auf nationaler Regierungsebene	108

Zweites Kapitel

Definition, Status und Funktion der Parteien im britischen Parteienrecht	110
A. Definitionen und Funktionen der politischen Parteien	110
I. Erforderlichkeit einer umfassenden Definition der Parteien	110
II. Parteibegriff und Partefunktionen in der internationalen Parteienforschung	111
III. Definitionen und Funktionen der britischen Parteien	113
B. Status und Rechtsnatur der Parteien	124
I. Grundsatz der Parteienfreiheit als Parteigründungsfreiheit	125
II. Privatrechtlicher Status der Parteien	125
III. Verfassungsrechtlicher Status der Parteien	148

Drittes Kapitel

Innerparteiliche Demokratie im britischen Parteienrecht	222
A. Kein zwingendes Gebot innerparteilicher Demokratie in der Verfassung	222
I. Keine Verpflichtung aus Gesetzesrecht und <i>Common Law</i>	222
II. Innerparteiliche Demokratie als Prinzip im Parteisatzungsrecht	258
III. Zwischenergebnis: innerparteiliche Demokratie als innerparteiliche Angelegenheit	262
B. Einzelne Verpflichtungen zur inneren Ordnung in Gesetzen	264
I. Keine innerparteiliche Demokratie im Parteiengesetz von 2000	264
II. Exkurs: Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie aus dem Companies Act 2006	283
C. Rechtliche Stellung der Parteimitglieder	306
I. Rechtsnatur des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
II. Arten der Mitgliedschaft nach dem Parteisatzungsrecht	327
III. Einzelne Rechte des (potenziellen) Mitglieds	348
D. Beteiligung der Mitglieder an der Parteiführerauswahl	388
I. Stellung des Parteiführers zwischen Verfassungs-, Wahl-, Parteien- und allgemeinem Vereinsrecht	388
II. Wahl des Parteiführers nach Gesetzes- und Verfassungskonventionalrecht	393
III. Wahl und Abwahl des Parteiführers: parteiübergreifende Grundlagen	398
IV. Mitgliederbeteiligung bei der Parteiführerwahl in der Labour Party und der Conservative Party	403
Schlussbemerkungen	450
Anhang: Parteiführerwahlordnung der Labour Party (2016 und 2015)	455

Literaturverzeichnis	467
Sonstige Materialien	503
Fundstellen parteisatzungsrechtlicher Materialien	506
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	507
Personen- und Sachverzeichnis	513

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	29
Einleitung	32
I. Wandel der Gesellschaft, der Verfassung und der Parteien	32
II. <i>Party change statt party decline</i>	35
III. Britische Parteien als Forschungsgegenstand der Rechtswissenschaft	37
IV. Fehlende Bearbeitung des Rechtsproblems der innerparteilichen Demokratie ..	40
V. Recht, Realität und Grenzen der Untersuchung	43
VI. Gliederung der Arbeit	46
VII. Thematische Eingrenzung	47

Erstes Kapitel

Entwicklung von Parteien und Parlament	49
A. Parlament und Verfassung seit dem späten Mittelalter	50
B. Parlamentssouveränität und Unkodifiziertheit der Verfassung als Grundsteine für das politische System	52
C. Entstehung des Parteienswesens zwischen 1688 und 1884	56
I. Entstehen der Parteien im Parlament nach der Glorious Revolution	56
II. Entwicklung des Wahlrechts ab 1832: von der Vorherrschaft des Adels zur Voll-demokratie	59
III. Entwicklung der Parteien aus dem Parlament in die Wahlkreise	63
IV. Nationale Parteiorganisationen ab 1867	68
1. Birmingham Caucus: die erste lokale Parteiorganisation im modernen Sinne	69
2. Birmingham-Modell im gesamten Land: keine einheitliche Organisation	70
3. Kontrolle der Birmingham Federation über die Politikformulierung und Kandidatauswahl?	71
4. <i>Caucus</i> -Idee in beiden großen Parteien	72
a) Grundsätzlicher Aufbau der Wahlkreisvereinigungen	72
b) Recht und Realität der Kandidatenselektion in den Wahlkreisvereinigungen	73
5. National Union of Conservative and Constitutional Associations	74
a) Außerparlamentarische Partei als <i>handmaid</i> für die Parlamentsfraktionen	75
b) Versuch einer Binnendemokratisierung im Jahre 1883	76

V.	Nationale Parteien als Massenorganisationen am Ende des 19. Jahrhunderts	79
VI.	Parteiführer als Vorsitzender der Partei im und außerhalb des Parlaments sowie als Premierminister der Krone	81
1.	Zentrale Stellung des Premierministers und Parteiführers im Regierungssystem	81
2.	Parteiführerauswahl im 19. Jahrhundert: liberale Wahl oder konservative Ernennung	82
VII.	Zwischenergebnis: evolutionäre Entwicklung des Parteienwesens	84
D.	Heutige Strukturen und Programmatik der Parteien im Überblick	85
I.	Die zwei großen Parteien: Conservative Party und Labour Party	86
1.	Labour Party	86
a)	Gründung der Partei außerhalb des Parlaments	86
b)	Heutige Gliederung im Überblick	87
c)	Zentrale Aspekte der inneren Ordnung	88
d)	Programmatik	91
2.	Conservative Party	93
a)	Formale Gründung der Partei im Jahre 1998	93
b)	Heutige Gliederung im Überblick	95
c)	Zentrale Aspekte der inneren Ordnung	97
d)	Programmatik	99
II.	Liberal Democrats als „dritte“ Partei	100
E.	Heutiges britisches Parteiensystem	102
I.	Zwei- oder Mehrparteiensystem?	102
1.	Zumindest ein Zweieinhalf-Parteiensystem im House of Commons	102
2.	Chancen für SNP und UKIP als neue Kräfte im House of Commons?	105
II.	Exkurs: Mehrparteiensysteme in den Devolutionsvolksvertretungen	107
F.	Zwischenergebnis: weiterhin ein Zweiparteiensystem auf nationaler Regierungsebene	108

Zweites Kapitel

Definition, Status und Funktion der Parteien im britischen Parteiensrecht	110	
A.	Definitionen und Funktionen der politischen Parteien	110
I.	Erforderlichkeit einer umfassenden Definition der Parteien	110
II.	Parteibegriff und Partefunktionen in der internationalen Parteiensforschung	111
1.	Drei zentrale Parteienfunktionen: Personal-, Betriebs- und Interessensvermittlungsfunktion	111
2.	Drei Parteiorganisationsebenen der Parteien nach Peter Mair	112
3.	Zwischenergebnis: Stellung der Parteien zwischen Staat und Gesellschaft	113

III. Definitionen und Funktionen der britischen Parteien	113
1. Nur funktionale Teildefinitionen der britischen Parteien in Gesetzen	113
2. Teildefinitionen im PPERA 2000	114
3. Verwendung des Begriffs der <i>political party</i> in Gesetzen vor 1998	115
4. Verwendung von <i>political purposes</i> und <i>political objects</i> in Gesetzen vor 1998	117
5. Zwischenergebnis: sukzessive Anerkennung von Parteibegriff und Partei-funktionen	118
6. Parteidefinitionen in der britischen Parteienforschung	119
a) Definitionen des Parteibegriffs im juristischen Schrifttum	119
b) Funktionale Definitionen im britischen Schrifttum	121
c) Zwischenergebnis: keine umfassende Definition aus der Literatur	124
B. Status und Rechtsnatur der Parteien	124
I. Grundsatz der Parteienfreiheit als Parteigründungsfreiheit	125
II. Privatrechtlicher Status der Parteien	125
1. Organisationsfreiheit der Parteien	125
a) Häufigste Rechtsform der Parteien: die <i>unincorporated association</i>	126
aa) Geschichte und Definition der <i>unincorporated association</i>	126
bb) Konkludente oder ausdrückliche Gründung	128
cc) Rechtliche Besonderheiten der <i>unincorporated association</i>	129
(1) Keine eigene Rechtspersönlichkeit der Vereinigung	129
(2) Konsequenzen im Außenverhältnis: unbeschränkte Mitgliederha-f-tung	130
(3) Konsequenzen im Innenverhältnis: Anwendung von <i>Equity</i> und Vertragsrecht	133
b) Parteienautonomie: keine zwangsläufige Organisation als <i>unincorporated associations</i>	134
aa) Labour Party als <i>unincorporated association</i>	136
bb) Conservative Party bis 1998 nicht als eine einzige <i>unincorporated association</i> , sondern als politische Bewegung	137
c) Zwischenergebnis: Parteigründungsfreiheit und Parteienorganisations-freiheit	138
2. Privatrechtliche Parteienautonomie und alternative Organisationsformen	139
a) Parteien als gemeinnützige Organisationen?	139
aa) Unzulässigkeit der Rechtsform der <i>charity</i> für Parteien	139
bb) Unzulässigkeit der Rechtsform der <i>friendly society</i> für Parteien	140
(1) Parteiorganisationen im 19. Jahrhundert als <i>friendly societies</i>	141
(2) Berücksichtigung der <i>friendly societies</i> -Gesetzgebung in Parteien-ge-setzentwürfen im 20. Jahrhundert	141
b) Mögliche alternative Rechtsform: <i>private company limited by guarantee</i>	143
aa) Definition und Rechtsnatur der <i>private company limited by guarantee</i>	144

bb) Juristische Person als Lösung der Haftungsproblematik bei der <i>unincorporated association</i>	145
cc) Überlegungen zur Gründung einer „Labour Party Ltd.“ im Jahr 2008	146
dd) Status der Öffentlichkeit bei Parteien unter dem Companies Act 2006	147
3. Zwischenergebnis: privatrechtlicher Status der Parteien	148
III. Verfassungsrechtlicher Status der Parteien	148
1. Verständnis, Rechtsnatur und Definition der Verfassung	149
2. Quellen der britischen Verfassung	155
a) Überblick	155
b) Bedeutung der Gesetze als Verfassungsrechtsquelle	156
c) Parteieninnenrecht als Verfassungsquelle?	158
aa) Meinungsstand: Parteisatzungen als Verfassungsquellen i. w. S. nach John Alder	158
bb) Bewertung: Achtung des Parteibinnenrechts als politische Tradition mit der wohl h. M.	159
3. Status der Parteien nach dem Gesetz	161
a) Parteien in Gesetzen und untergesetzlichen Regelungen vor 1998: <i>pecunia nervus rerum</i>	165
aa) Fraktions- und Abgeordnetenfinanzierung: erste Anerkennung der Parteiendemokratie	165
(1) Finanzierung der Labour Party durch die Gewerkschaften	166
(a) Parteienzwangsabgabe der Gewerkschaftsmitglieder bis zum Osborne-Urteil von 1909	166
(b) Finanzierungsregime der Labour Party nach dem Trade Union Act 1913	169
(2) Ministers of the Crown Act 1937: öffentliche Finanzierung der parlamentarischen Parteiendemokratie	171
(3) <i>Short Money</i> als Ausweitung der Oppositionsfinanzierung ab 1975	173
bb) <i>Short Money</i> -Voraussetzungen und die Finanzierung von Parteitagen ab 1987	174
cc) Positive Geschlechterdiskriminierung in den Parteien nach dem Sex Discrimination Act 1975	176
dd) Sukzessive Anerkennung der Parteien im Wahlrecht vor 1998	177
(1) Verbot des Parteinamens auf dem Wahlzettel als „Illusion“ einer Individualwahl	179
(a) Explizites Verbot der Parteidentifikation ab 1948	179
(b) Beifügung auf Wahlzetteln ohne Schutz von Parteinamen ab 1969	180
(c) Folge des fehlenden Namenschutzes: <i>spoiler candidates</i>	183
(2) Zwischenergebnis: sukzessive Anerkennung der Parteiendemokratie	185

b) Konstitutionalisierung der Parteien in der Verfassungsreform ab 1998	187
aa) Registration of Political Parties Act 1998	187
(1) Sinn und Zweck: Namenschutz und Ermöglichung von Listenwahlen	187
(2) De jure fakultatives, de facto unumgängliches Registrierungsregime	188
(3) Parteiengesetz von 1998 im Vergleich zum Entwurf von 1969	189
(4) Zugeständnis an die Conservative Party: Unberührtheit der inneren Ordnung	190
(5) Zwischenergebnis: Parteiengesetz von 1998 als Interimslösung	191
bb) PPERA 2000 als Parteienfinanzierungsgesetz	191
(1) Diskussionen um staatliche Parteienfinanzierung seit den 1970er Jahren	191
(2) Weg zum Gesetz: Finanzierungsskandale in den 1990er Jahren	194
(3) Zentrale Regelungsinhalte: Registrierung und Finanzierung der Parteien	195
(a) Aufhebung des freiwilligen Registrierungsregimes von 1998	195
(b) Electoral Commission als Aufsichtsbehörde für die Parteien	196
(c) Regulierung der Spendenfinanzierung von Parteien, Abgeordneten und Fraktionen	196
c) Zwischenergebnis: Parteirecht der ersten Generation	198
4. Common Law-Status der politischen Parteien	200
a) Status der Öffentlichkeit der Parteien im Außenverhältnis	200
b) Parteigleichheit über den PPERA 2000 hinaus? Bevorzugung registrierter Parteien durch jüngste Gerichtsentscheidungen	203
5. Verfassungskonventionalrechtlicher Status der Parteien	204
a) Verfassungskonventionalregeln: Definition, Rechtsnatur und Erkennung	205
b) Beispiele für Verfassungskonventionalregeln	208
c) Verfassungskonventionalregeln und Parteibinnenrecht	209
aa) Verhältnis zwischen Krone und Parteien: Wahl des Premierministers	209
(1) Status und Auswahl des Premierministers	210
(a) Stellung des Premierministers	210
(b) Grundsatz: Ernennung durch die Krone, Auswahl durch die Parteien	211
(2) Zwischenergebnis: keine Einschränkung der <i>royal prerogative</i> durch Parteisatzungsrecht	215
bb) Salisbury-Convention: Umsetzung von Parteidokumenten der Regierung ohne eigene Mehrheit im House of Lords qua Verfassungskonventionalregel	215
(1) Reduzierte Rolle des House of Lords nach den Parliament Acts 1911/1949	215
(2) Keine demokratische Legitimation des House of Lords	217

(3) Zwischenergebnis: Verfassungskonventionalregel als Bindeglied zur innerparteilichen Ordnung	219
6. Zwischenergebnis: Status der Freiheit, Gleichheit und Öffentlichkeit	219
a) Freiheitsprinzip	220
b) Gleichheitsprinzip	220
c) Öffentlichkeitsprinzip	221
 <i>Drittes Kapitel</i>	
Innerparteiliche Demokratie im britischen Parteienrecht	222
A. Kein zwingendes Gebot innerparteilicher Demokratie in der Verfassung	222
I. Keine Verpflichtung aus Gesetzesrecht und <i>Common Law</i>	222
1. Britische Besonderheit der rechtlichen Parlaments- und politischen Volkssouveränität	223
2. Organisation der Parteien und gesellschaftliches Demokratieverständnis	227
a) Organisation des Staates und der Parteien als Ausdruck des gesellschaftlichen Demokratieverständnisses	227
b) Gesetzliche Interventionen nur bei konkreten Verstößen gegen die „Spielregeln der Demokratie“	228
3. Rechtsschutz nur bei vereinbarten satzungsrechtlichen Rechten	229
a) Früher nur bei Verstößen gegen <i>Equity</i> , Eigentums- oder Vermögensrecht	229
b) Parteisatzungen als bindendes Vertragsrecht ab den 1960er Jahren	238
c) Rechtsnatur und Reichweite der richterlichen Überprüfung	241
aa) Rechtsnatur der <i>natural justice</i> : Gewährleistung eines fairen Verfahrens	242
bb) Materiellrechtliche Prüfung: Zweckmäßigkeitssprüfung nur in Extremfällen	244
cc) Rechtsfolgen: keine Ersetzungsbefugnis und möglicher Schadensersatz	246
dd) Ausschluss und Anwendung von <i>natural justice</i> im Einzelfall?	246
ee) Reichweite der gerichtlichen Überprüfung von Parteisatzungsrecht	247
(1) Grundsätzliche Bindung des Parteisatzungsrechts inter partes	248
(2) Kein <i>judicial review</i> -Verfahren für parteiinterne Streitigkeiten	249
(3) <i>Breach of contract</i> - und <i>judicial review</i> -Verfahren	251
(4) Stellungnahme zur Forderung nach <i>judicial review</i> -Verfahren in Parteien	253
II. Innerparteiliche Demokratie als Prinzip im Parteisatzungsrecht	258
1. Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs der innerparteilichen Demokratie	258
2. Bedeutung des parteisatzungsrechtlichen Prinzips der innerparteilichen Demokratie für die Verfassung	260
III. Zwischenergebnis: innerparteiliche Demokratie als innerparteiliche Angelegenheit	262

B. Einzelne Verpflichtungen zur inneren Ordnung in Gesetzen	264
I. Keine innerparteiliche Demokratie im Parteiengesetz von 2000	264
1. Transparenz- und Rechenschaftsgebot im Außen-, nicht im Innenverhältnis	264
2. Zwingende Regelungen der inneren Ordnung aus Publizitätsgründen	265
a) Pflicht zur Einreichung einer Satzung bei der Electoral Commission	265
b) Erforderliche Positionen: Parteiführer, <i>nominating officer</i> und Schatzmeister	266
3. Fakultative Regelungen der inneren Ordnung	268
a) Mitgliedschaftsprinzip	268
aa) Mitgliederpartei als parteienrechtliche Universalie	268
bb) Kein Bekenntnis des britischen Parteiengesetzes zur Mitgliederpartei	270
b) Keine Pflicht zur horizontalen oder vertikalen Gliederung der Partei	272
aa) Zulässigkeit zentraler oder dezentraler Parteiorganisationen	272
bb) (Un-)verbindliche Vorschläge der Electoral Commission zur Parteienorganisation?	274
c) Zwischenergebnis: Mitgliederprinzip nur im Hintergrund des Parteiengesetzes	277
4. Indirekte Auswirkungen der Parteiengesetze von 1998 und 2000	279
a) Satzungsreform und Gründung der Conservative Party	279
b) Keine Obergrenze für korporative Mitgliedsbeiträge: keine Umorganisation der Labour Party nötig	280
5. Zwischenergebnis: Parteisetzungen als <i>responses to specific challenges</i>	281
II. Exkurs: Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie aus dem Companies Act 2006	283
1. Randparteien in der Rechtsform der <i>private company limited by guarantee</i>	283
2. Weitgehende Nichtbeachtung dieser Rechtsform in der Partienforschung	284
3. <i>Member democracy</i> bzw. innerparteiliche Demokratie nach dem Companies Act 2006	285
a) Gesellschaftsrechtliches Mitgliedschaftsprinzip	285
b) Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages und der Mitgliederrechte	289
aa) <i>Majority rule</i> und <i>minority protection</i> vor Gericht	289
bb) Gerichtliche Überprüfung von Disziplinarmaßnahmen anhand der <i>natural justice</i> ?	291
cc) Keine Anwendung der <i>ultra vires</i> -Doktrin nach dem Companies Act 2006	295
c) Publizitätspflichten im Innen- und Außenverhältnis	296
4. Besonderheiten der Organisation einer Partei als <i>private company limited by guarantee</i>	297
a) Transparenz- und Publizitätspflichten	297
aa) Veröffentlichungspflichten nach außen aus dem Parteien- und Gesellschaftsrecht	297

bb) Transparenzpflichten im Innenverhältnis nur nach dem Companies Act 2006	298
b) Organisationsrechtliche Trennung von Partei als „Bewegung“ und der Partei als <i>private company limited by guarantee</i> am Beispiel von UKIP	298
aa) UKIP als <i>Ltd.</i> und UKIP als <i>unincorporated association</i>	298
bb) Zweck der UKIP Ltd.: Aufbau einer Partei im wahl- und parteienrechtlichen Sinne	299
cc) Zweck der UKIP als <i>unincorporated association</i> und als wahlrechtlich registrierte Partei	300
dd) UKIP als wahlrechtliche Partei und als Unternehmen vor den Gerichten	300
ee) Mitgliederprinzip bei zwei getrennten Parteiorganisationen	302
5. Zwischenergebnis: Unbeachtlichkeit der Rechtsformfrage vor Gerichten	304
 C. Rechtliche Stellung der Parteimitglieder	306
I. Rechtsnatur des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
1. Vertragliche Begründung des Mitgliedschaftsverhältnisses	306
2. Anwendung des Human Rights Act 1998 auf das Mitgliedschaftsverhältnis?	308
a) Parteien zwischen Gesellschaft und Staat als Grundrechtsverpflichtete? ..	308
b) Normativer Anknüpfungspunkt: Parteien als <i>public authorities</i> ?	311
aa) Human Rights Act 1998 als erster britischer Grundrechtskatalog	311
bb) Umfang der inkorporierten Rechte	312
cc) Regelungsmechanismus des Human Rights Act 1998	312
dd) Geltendmachung von konventionsrechtlichen Verstößen	313
(1) Grundsatz der vertikalen Bindungswirkung des Human Rights Act 1998	314
(a) Parteien nicht als <i>core public authorities</i>	314
(b) Parteien als <i>hybrid bzw. functional public authorities</i> ?	315
(2) Horizontaler Effekt des Human Rights Act 1998?	320
(a) Grundsätzlich nur eine „mittelbare Drittewirkung“	320
(b) Potenzielle Bedeutung für Streitigkeiten aus dem Mitgliedschaftsverhältnis	322
c) Zwischenergebnis: Parteien nicht grundrechtsverpflichtet	324
II. Arten der Mitgliedschaft nach dem Parteisatzungsrecht	327
1. Individuelle Vollmitgliedschaft	327
a) Parteimitgliedschaft in der Conservative Party seit 1998	327
b) Labour Party: direkt-individuelle Mitgliedschaft seit 1918	330
c) Altersgrenzen für den Parteieintritt und die Mitgliedschaft von Minderjährigen	332
2. Außerordentliche Mitgliedschaft: <i>registered supporter</i> der Labour Party	334

3. Kollektivmitgliedschaften	336
a) Gewerkschaften in der Labour Party: keine individuelle Parteimitgliedschaft der Gewerkschaftsmitglieder	337
aa) Labour Party als (fast) rein korporative Bewegung bis 1918	339
bb) Öffnung für Individualmitglieder und Einführung des Parteiführeramtes	341
cc) Gewerkschaftsmitglieder als individuelle <i>affiliated supporter</i> seit 2014	342
b) Korporative Mitgliedschaft in der Conservative Party	345
4. Zwischenergebnis: sukzessive politische Entwicklung zum heute vorherrschenden Typus der Mitgliederpartei	346
III. Einzelne Rechte des (potenziellen) Mitglieds	348
1. Beitritt	348
a) Grundsatz der Parteienfreiheit: keine Pflicht zur Aufnahme von Mitgliedern	348
b) Einschränkung der Parteienfreiheit durch die Antidiskriminierungsgesetze	349
aa) Equality Act 2010 als zentrales Antidiskriminierungsgesetz	349
(1) Regelungsinhalt des Gesetzes und gerichtliche Durchsetzung	349
(a) <i>Direct discriminations</i> : ausnahmsweise Rechtfertigung möglich für altersmäßige Beschränkungen und positive Diskriminierungsmaßnahmen	350
(b) <i>Indirect discriminations</i> : Rechtfertigung grundsätzlich möglich	352
(c) Prozessuale Geltendmachung von Diskriminierungen durch Vereinigungen	353
(d) Stellung der Equality and Human Rights Commission in Bezug auf Parteien	354
bb) Anwendbarkeit des Equality Act 2010 auf die Parteien	354
(1) Vereinigungen mit mehr als 25 Mitgliedern	354
(2) Nur für wahlrechtlich registrierte Parteien	357
(3) Parteien und das Recht auf „Tendenzreinheit“	358
cc) Beispiele für (un-)gerechtfertigte Diskriminierungen durch Parteien vor Inkrafttreten des Equality Act 2010	361
(1) Zulässige altersmäßige Diskriminierung minderjähriger Parteimitglieder	361
(2) Equality and Human Rights Commission gegen BNP: unzulässige Diskriminierung von Mitgliedern durch ethnische Aufnahmekriterien	364
(3) McAlister v The Labour Party: keine Mitgliedschaft für Nordire als verbotene Diskriminierung?	367
2. Austritt und Ausschluss von Mitgliedern	372
a) Austritt als unilaterale Erklärung des Mitgliedes	372
b) Mitgliederausschluss: Parteienfreiheit zwischen <i>natural justice</i> im Regelfall und Ermessenskontrolle in Extremfällen	374
aa) Pflichten der Partei bei einem Parteiausschlussverfahren	374
(1) Redliche Ausübung satzungsgemäßer Kompetenzen	374

(2) Die <i>ultra vires</i> -Kontrolle	375
(3) <i>Natural justice</i> und <i>nemo iudex in sua causa</i> am Beispiel der Militant Tendency	379
bb) Zwischenergebnis: Demokratisierung des Verfahrens zum Parteiausschluss in der Labour Party	387
D. Beteiligung der Mitglieder an der Parteiführerauswahl	388
I. Stellung des Parteiführers zwischen Verfassungs-, Wahl-, Parteien- und allgemeinem Vereinsrecht	388
1. Verfassungsrechtliche Stellung und Funktion des Parteiführers	389
a) Früher keine Vertretungsbefugnis für die Partei in verfassungsrechtlichen Fragen	389
b) Gesetzliche Stellung des Parteiführers seit der Verfassungsreform von 1998/2000	391
2. Vereinsrechtliche Stellung: Kollegialvorstand oder <i>elective dictatorship</i> möglich	392
II. Wahl des Parteiführers nach Gesetzes- und Verfassungskonventionalrecht	393
1. Parteiführerwahl: formelles Vereinsrecht und materielles Verfassungsrecht ..	393
2. Keine anwendbaren spezialgesetzlichen Vorschriften	395
3. Achtung der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Equality Act 2010	396
4. Keine <i>Common Law</i> -Regelungen des Wahlverfahrens: u. a. Zulässigkeit von Online-Wahlen	397
III. Wahl und Abwahl des Parteiführers: parteiübergreifende Grundlagen	398
1. Parteiführer als Premierminister: keine turnusmäßige Wahl in Regierungszeiten	398
2. Feste Wahlperiode in der Labour Party in Oppositionszeiten: kein formelles Misstrauensvotum	401
3. Keine feste Wahlperiode in der Conservative Party: Vertrauensfrage und Misstrauensvotum möglich	402
IV. Mitgliederbeteiligung bei der Parteiführerwahl in der Labour Party und der Conservative Party	403
1. Labour Party	403
a) Vom Fraktionsvorsitzenden zum Parteiführer: Wahl durch die Abgeordneten	403
b) Wahl des Parteiführers zwischen 1981 und 2014: Parteimitglieder im Electoral College	406
c) Wahl des Parteiführers seit 2015: <i>one member one vote</i> -Prinzip	409
aa) Satzungsreform 2014: Attraktivitätssteigerung der Partei für Mitglieder und Wähler	409
bb) Beseitigung der Folgen der diversifizierten Mitgliedschaftsformen ..	410
(1) Geringe Wahlbeteiligung der Gewerkschafter: Einführung des sog. <i>double opting-in</i>	411

(2) Mehrfachstimme bei Parteiführerwahlen im Electoral College bis 2015	411
cc) Parteiführerwahl 2015 als größte britische Online-Wahl: der unerwar- tete Wahlerfolg von Jeremy Corbyn	412
dd) Parteiführerwahl 2016 vor Gericht und ein erneuter Wahlsieg für Cor- byn	415
(1) Labour-Parteiführerwahl in Oppositionszeiten: 20-%-Nominie- rungsquorum auch für den Amtsinhaber?	417
(2) Zulässigkeit eines Eintrittsstichtages für das aktive Wahlrecht ..	420
2. Wahl des Parteiführers in der Conservative Party: von den <i>grey suits</i> zu den <i>grassroots</i>	427
a) Auswahl vor 1965: keine formelle Wahl	427
b) Wahl ab 1965: nur das 1922 Committee aktiv wahlberechtigt	428
c) Wahl – nur ggf. unter Beteiligung der Parteimitglieder – seit Gründung der Partei im Jahr 1998	432
3. Zwischenergebnis: gegenseitige Beeinflussung in der Satzungsentwicklung durch beide großen Parteien	442
Schlussbemerkungen	450
Anhang: Parteiführerwahlordnung der Labour Party (2016 und 2015)	455
Literaturverzeichnis	467
Sonstige Materialien	503
Fundstellen parteisatzungsrechtlicher Materialien	506
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	507
Personen- und Sachverzeichnis	513